

GRÜNDUNGSAUFRUF

für ein

Komitee

Bürgerrechte für Erwerbslose und Sozialgeldempfänger/innen

(Entwurf)

„Was ich nicht in Ordnung finde, ist immer nur über das Thema Vermittlungsfähigkeit nachzudenken, obwohl nachweisbar zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind (...)“.

(...) Leute an Spenden zu gewöhnen heißt ja auch, sie in eine vollkommene Abhängigkeit rein zu bringen“

Anne Rabenschlag, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks. Dortmund

„(...) Löhne 30 % unter Tarif – das führt direkt in die Verelendung“.

„Es gibt inzwischen ja auch legalisiert den Trend zum Zweit- und Dritt-Job, ganz einfach, weil sie mit dem Einkommen aus dem ersten nicht mehr klar kommen. (...) Die Lebenssituationen der Menschen ist eben auch entsprechend, dass sie sich schlecht ernähren, dass sie sehr bescheiden wohnen, und (...) dass sie nicht mehr mobil sind und dadurch eben Schwierigkeiten haben, den Arbeitsplatz zu erreichen“

Sabine Alker, Gewerkschaftssekretärin der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG)

„In Dortmund wird es in einigen Jahren Slums geben. Es werden Verhältnisse wie in den USA kommen“

Andreas Gora, Geschäftsführer der AWO Dortmund

(Alle Zitate aus: Stackelbeck, Martina: Gefälligst zur Kenntnisnahme! Hartz IV – Wie sich die neue Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im östlichen Ruhrgebiet auswirkt. sfs: Beiträge aus der Forschung, Bd. 146, Dortmund 2004)

Ein halbes Jahr nach der Einführung des Hartz IV-Gesetzes bestätigt sich, was kritische Stimmen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft schon zuvor prognostiziert haben:

Die Zeit der „kleinen“ Schritte ist vorbei. Die Hartz-Gesetze als Generalangriff auf das bestehende soziale Gefüge und den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft markieren mit der neuen Dimension des Ausmaßes an Umverteilung von unten nach oben eine Zeitenwende. Denn der gesellschaftliche Reichtum kann augenscheinlich aus der Sicht der herrschenden Eliten nur „neu“ verteilt werden, wenn sehr viel mehr Menschen als bisher ausgegrenzt werden.

Die **Verbreiterung der Entrechtung** auf qualitativ und quantitativ neuem Niveau greift auf drei Ebenen:

- antizipatorisch die „Noch nicht Betroffenen“ in Form des Damokles-Schwertes des sozialen Absturzes in die Armut,
- unmittelbar die Erwerbslosen als jetzt nicht mehr zur bürgerlichen Gesellschaft Zugehörige, sondern in die städtische Unterklasse Abgeschobene,

- mit dem Wachstum der städtischen Unterklasse zugleich die immer schon Ausgegrenzten, die gesellschaftlichen „Randgruppen“ wie Migrant/innen, Flüchtlinge, ehemalige Sozialhilfeempfänger/innen, Drogen- oder psychisch Kranke usw.

Hartz IV bedeutet für die Mehrzahl der Betroffenen nicht nur große finanzielle Einbußen, die Menschen, darunter viele Paare und Familien mit Kindern, nah an die Armutsgrenze heranführen oder sie sogar nach OECD-Maßstab in ein Leben weit unterhalb dieser Grenze stürzen. Hartz IV bedeutet auch Einschnitte in der persönlichen Lebensführung, besonders den Verzicht auf den Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten, die für die Teilhabe in einer Gesellschaft Voraussetzung sind. Damit steht Hartz IV für die – von politischer Seite unterstützte - fortschreitende Desintegration, für soziale Spaltungen und Polarisierung in dieser Gesellschaft, für die Isolation der/des Einzelnen sowie die Abgrenzung gegen "andere" Gruppen (z. B. Migrant/innen) und sozial schwächere bzw. ärmere Bevölkerungsschichten.

Denn Hartz IV trifft nicht "nur" die Arbeitslosen, sondern schafft ein - inzwischen weit in die Mittelschichten hinein reichendes - Klima der Angst vor Ausgrenzung und sozialem Abstieg, der heute jede/n unverschuldet ereilen kann. Das auf totale Offenlegung der persönlichen Verhältnisse, auf "Wohlverhalten" der unfreiwillig abhängigen Leistungsempfänger/innen sowie auf Staatssanktionen zielende Regelwerk basiert - trotz Millionen fehlender Arbeitsplätze - auf der Unterstellung einer "Arbeitsverweigerungshaltung", demütigt und diszipliniert die Betroffenen und beschneidet damit ihre elementaren Bürgerrechte: Der „überflüssige Bodensatz“ der Gesellschaft oder - in der Sprache der Erfolgreichen – der „Wohlstandsmüll“ ist ein idealer Rahmen, um den Misserfolg, das „Asoziale“ und Kriminelle, das „Kranke“ und „Abartige“ außerhalb der (Normal-)Gesellschaft zu verorten. Die so beschriebene neue „Unterklasse“ bedarf der besonderen Kontrolle und Disziplinierung, damit sie nicht sich selbst und anderen durch Gewalt oder „moralische Verfehlungen“ gefährlich werden kann. Wer in dieser Unterklasse angekommen ist, hat keinen Anspruch auf Selbstbestimmung mehr, sondern ist Objekt der äußeren Willkür obrigkeitstaatlichen Handelns oder anderer Vertreter der „guten“ (Normal-) Gesellschaft. Erwerbslosigkeit, so wird durch Hartz IV nach amerikanischem Vorbild suggeriert, ist das Resultat individuellen Fehlverhaltens oder einer ungenügenden Anpassung an die neuen neoliberalen Arbeitsmarktimperative und Qualifikationsstandards. Um diesen Mythos aufrecht zu erhalten, wird die Erwerbslosigkeit von Hunderttausenden gut qualifizierter Arbeitskräfte inklusive Tausende berufserfahrene Akademiker/innen weitgehend verschwiegen. Den steuerpolitischen Kniefällen gegenüber *Global Playern* und der Tabuisierung und Unterstützung unternehmerischer Abwanderungsentscheidungen, die den ersten Arbeitsmarkt zunehmend schrumpfen lassen, steht eine arbeitgeberorientierte, auf die Bürger/innen gerichtete Politik der "Erziehung zur Bescheidenheit" gegenüber, die Beschäftigte und Gewerkschaften in die Defensive drängt. Erwerbslose werden - in Ermangelung realer Arbeitsplätze oder Alternativen jenseits der Erwerbsarbeit - durch Scheinlösungen mit Zwangscharakter ("1 Euro-Jobs") in Pseudobeschäftigung abgeschoben, die nicht die Betroffenen, sondern den Abbau bestehender regulärer Arbeitsverhältnisse und die Spirale des Lohndumpings fördert.

Hartz IV ist nicht nur ein politisches Rationalisierungsinstrument zur Senkung sozialstaatlicher Transferleistungen, sondern - im Verbund mit der Agenda 2010 - ein Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft nach einem neuen ideologischen Paradigma: die Verbreitung des neoliberalen Kerngedankens der "Selbstverantwortung" entlässt den Staat aus seiner Verantwortung für die Bürger/innen, während gleichzeitig - mit neokonservativem Vorzeichen - Gängelungen, Kontrollen, Zwänge und Sanktionen gegen all diejenigen eingeführt werden, die mit der neuen Politik nicht konform gehen und/oder die auf Grund ihrer (zeitweiligen) Bedürftigkeit nicht in das neue Gesellschaftsmodell nurmehr besitzbürgerlicher Rechtssubjekte passen. Die Hartz-Gesetze dienen als Strategie der „Kreislaufbewirtschaftung des Wohlstandsmülls“, dem „Recycling“ der aus dem Verwertungsprozess Herausgefallenen oder der Gefahren minimierenden „Deponierung“ der endgültig Überflüssigen in den Problemgebieten der Städte durch sozialen Ausschluss: Die Verwendung der Reste und Abfälle der Wohlstandsbürger/innen als angemessener Unterhalt für die Ausgegrenzten beruhigt einerseits das soziale wie ökologische Gewissen der (Normal-)Gesellschaft, andererseits ermöglicht es auch erst den neuen Schub der Marginalisierung großer sozialer Gruppen.

Gegenmaßnahmen

Wir sind ein unabhängiges Netzwerk und wollen den Respekt vor den Bürgerrechten auch für Erwerbslose und Sozialgeldempfänger/innen wieder herstellen. Wir wenden uns gegen die durch Hartz IV praktizierte Politik der Bevormundung, Disziplinierung, Bestrafung und Marginalisierung erwerbsloser Bürger/innen gleich welcher Herkunft sowie gegen eine Politik, die Ängste schürt, vorauseilenden Gehorsam fordert und Abgrenzungstendenzen gegenüber "Anderen" (vorzugsweise Armen, Migrant/innen, Älteren usw.) anheizt. Wir sind der Überzeugung, dass bestehende gesetzliche Regelungen nach Hartz IV sowie aktuelle politische Ankündigungen und Maßnahmen die Gefahr einer weiteren Entwertung vieler Menschen und ganzer Bevölkerungsgruppen bergen; sie fördern die Entsolidarisierung der Einzelnen, die Erosion des Sozialen und das weitere Anwachsen von Menschenfeindlichkeit und Gewalt auf der Grundlage sozialpsychologischer Mechanismen wie dem der Übertragung eigener Erniedrigungserfahrungen auf andere. **Die Aufkündigung der Gleichwertigkeit von Menschen** bis hin zur Infragestellung ihrer Unversehrtheit ist der Weg in eine Gesellschaft der Gewalt.

Wir plädieren entschieden für die Aufrechterhaltung des kontinentaleuropäischen Verständnisses von Demokratie und Bürgerrechten und für eine allgemeine *Kultur der Anerkennung* - unabhängig vom sozioökonomischen oder -kulturellen Status der Menschen (...).

Als Zeichen gegen die zunehmende Menschenfeindlichkeit rufen wir zur Gründung des **Komitees Bürgerrechte für Erwerbslose und Sozialgeldempfänger/innen** auf!

ZIELE DES KOMITEES (erweiterungsfähiger Katalog):

- Ausgrenzungen von Erwerbslosen und Empfänger/innen von Sozialgeld aus der bürgerlichen Rechtsordnung öffentlich thematisieren und Rechtsbrüche skandalisieren.
- Ein Forum zur Zusammenführung der kritischen Diskussion hierzu in der Stadt bieten.
- Ein kritisches Berichtswesen mit regelmäßiger aktueller Bestandsaufnahme der Erfahrungen beratender und unterstützender Organisationen im kommunalen Bereich aufbauen.

Arbeitsgemeinschaft Verfassungsbeschwerde